



Freistaat Preußen

Administrative Regierung
Rechteinhaber des Präsidiums des
Deutschen Reichs/Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

An die
alliierten Besatzungsmächte des Zweiten Weltkriegs

Preußischer Landtag
Niederkirchner Str. 5
[10117] Berlin

Ständigen Mitglieder des UN/VN- Sicherheitsrates

Vertreter der Okkupationsmacht Bundesrepublik
Deutschland

Der Reichstag gehört dem Deutschen Reich

Exzellenzen,
werte Damen und Herren der Vertreter der Okkupationsmacht Bundesrepublik
Deutschland,

bezugnehmend auf die Ereignisse am 29. August 2020 in der preußischen Hauptstadt
Berlin nehmen wir klarstellend wie folgt Stellung:

1. Der Reichstag gehört den deutschen Völkern im Staatenbund Deutsches Reich!
2. Der Preußische Landtag gehört dem preußischen Volk!
3. Berlin ist die Hauptstadt des Preußischen Staates Freistaat Preußen,
unauflösbares Völkerrechtssubjekt und zugleich die Reichshauptstadt der
26 Bundesstaaten des Deutschen Reichs

mit der Verfassung vom 16. April 1971!

Der Freistaat Preußen, völkerrechtlich legitim begründeter Rechtsnachfolger des
Königreichs Preußen, Erstunterzeichner der Genfer Konventionen und der Haager
Landkriegsordnung und somit unauflösbares Völkerrechtssubjekt, wurde am 20. Juli 1932
von der Privatpolizei der NSDAP feindlich, gewaltsam und völkerrechtswidrig von den
Nationalsozialisten übernommen (Preußenschlag) und seither von den Nationalsozialisten
des Dritten Reichs und in der Folge von der Okkupationsmacht "Bundesrepublik
Deutschland", Rechtsnachfolger des Dritten Reichs, okkupiert.

*"Bei einer **Okkupation** oder **Besetzung** (je nach Kontext auch Besatzung; von
lateinisch occupare ‚besetzen‘) wird in einem bevölkerten Gebiet die vorhandene
Gebietshoheit durch einen externen Machthaber auf dessen Initiative durch die seinige
ersetzt. Dies geschieht meist mit militärischen Mitteln. [...]*

*In jüngerer Zeit zeichnet sich eine Besetzung auch dadurch aus, dass die
Okkupationsmacht völkerrechtlich nicht zur legalen Exekutive wird. Im Gegensatz zur
Annexion wird das fremde Territorium jedoch nicht dem eigenen Staatsgebiet staats-
und völkerrechtlich einverleibt. Es wird keine Staatshoheit nach erlangter
Gebietshoheit durch externe Machthaber auf deren Initiative hin errichtet, wodurch
kein Gebietszuwachs erfolgt, und es wird kein Besatzungsgebiet zu Staatsgebiet. Nach
Unabhängigkeit strebende Bevölkerungsgruppen bezeichnen häufig den Staat, der ihr
Territorium beherrscht, als Besatzungsmacht, auch wenn es sich dabei um keine
Okkupation im juristischen Sinne handelt. Okkupanten sind analog dazu einzelne*

Vertreter der Besatzungsmacht oder ihre im Lande anwesende Gesamtheit.“

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Okkupation>

“Die Haager Landkriegsordnung von 1907, ein [...] Bestandteil des Kriegsvölkerrechts, begrenzt die Gewaltausübung bei der Besetzung eines feindlichen Territoriums, auch als occupatio bellica bezeichnet.

Das dadurch entstehende Rechtsregime zielt auf den Ausgleich zwischen drei sich potenziell widersprechenden Interessen: den Sicherheitsinteressen der Besatzungsmacht, den Souveränitätsinteressen des Staates, dem das besetzte Gebiet weiterhin zugehörig ist, und den Interessen von dessen Bevölkerung. Diese darf zum Gehorsam gegenüber der Besatzungsmacht genötigt werden, auch wenn de jure eine Gehorsamspflicht nicht besteht. Propaganda für den Eintritt in die eigenen Streitkräfte ist unzulässig. Durch die Besetzung ist die Besatzungsmacht für die Wohlfahrt der ansässigen Bevölkerung verantwortlich und muss sie vor Gewalthandlungen, namentlich Plünderungen schützen. Desgleichen muss sie die hinreichende Versorgung mit Lebensmitteln und medizinischen Leistungen sowie die Instandhaltung notwendiger Elemente der Infrastruktur gewährleisten. Sie hat die Rechtsordnung des besetzten Gebietes grundsätzlich unangetastet zu lassen, sofern diese nicht menschenrechtswidrig ist. Deportationen und Bevölkerungstransfers sind verboten. Diese Schutzverpflichtungen dürfen nicht durch eine Annexion des Gebiets umgangen werden. Sie sind verbindlich von dem Moment an, wo die eigenen Streitkräfte de facto eine gewisse Kontrolle über das in Frage stehende Gebiet haben, und enden mit dessen Verlust.“

Quelle: Michael Bothe: *Friedenssicherung und Kriegsrecht*. In: Wolfgang Graf Vitzthum und Alexander Proelß (Hrsg.): *Völkerrecht*. 7. Auflage, Walter de Gruyter, Berlin 2016, ISBN 978-3-11-044130-7, S. 855 f., Rn. 82 (abgerufen über De Gruyter Online).

Die Okkupationsmacht “Bundesrepublik Deutschland“ verübt Völkermord am indigenen autochthonen Volk der Preußen und okkupiert als Scheinstaat das Staatshoheitsgebiet des Preußischen Staates Freistaat Preußen – unauflösbares Völkerrechtssubjekt, sowie die preußische Hauptstadt Berlin, den preußischen Landtag und den Reichstag des Deutschen Reichs unter dem Schutz der BRD-Terrormiliz, um mit Gewalt einen neuen Staat / ein neues Staatsfragment auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen zu errichten. Die Okkupationsmacht besitzt keine staatshoheitlichen Rechte, keine staatliche gesetzgebende Gewalt und keine Staatsgerichte auf dem Staatshoheitsgebiet des Preußischen Staates Freistaats Preußen!

Nach den aktuellen Ereignissen vom 29. August 2020 in Berlin äußern sich die Okkupanten und Mitglieder des Scheinstaaates Bundesrepublik Deutschland wie folgt:

[Tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) berichtet; Stand 30.08.2020, 11:11 Uhr

[Horst Seehofer](#); Bundesminister (nicht Reichsminister):

“Das Reichstagsgebäude ist die Wirkungsstätte unseres Parlaments und damit das symbolische Zentrum unserer freiheitlichen Demokratie. Dass Chaoten und Extremisten es für ihre Zwecke missbrauchen, ist unerträglich. Ich danke der Polizei, dass sie uns heute schnell und konsequent davor bewahrt hat“, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer. ‘Der Staat muss gegenüber solchen Leuten mit null Toleranz und konsequenter Härte durchgreifen.’

[Christine Lambrecht](#); Bundesjustizministerin (nicht Reichsministerin)

“Das unerträgliche Bild von Reichsbürgern und Neonazis vor dem Reichstag darf sich nicht wiederholen - nicht vor dem Parlament und niemals im Parlament“, sagte Lambrecht den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. ‘Gegen diese Feinde unserer Demokratie müssen wir uns mit aller Konsequenz zur Wehr setzen.’ Der demokratische Rechtsstaat garantiere das Recht, friedlich zu demonstrieren, sagte Lambrecht. ‘Wer

aber den Bundestag attackiert und Reichsflaggen schwenkt, zeigt nichts als Hass auf die Demokratie und Verachtung für alles, was unser Land ausmacht.“

Konstantin von Notz; Grünen-Abgeordneter im Bundestag (nicht Mitglied des Reichstages):

“Teilnehmer einer Demonstration zu der auch AfD und NPD mobilisierten, haben versucht den Reichstag zu stürmen. Reichskriegsflaggen bestimmen das Bild vor dem Gebäude. #Sommer2020 Es ist einfach nur ekelhaft und zum schämen.“

Heiko Maas; Außenminister der Okkupationsmacht Bundesrepublik Deutschland

“Niemand sollte (...) Rechtsextremen hinterherlaufen, PolizistInnen gefährden & viele einem Infektionsrisiko aussetzen. Reichsflaggen vorm Parlament sind beschämend“, twitterte er.“

Olaf Scholz; SPD Kanzlerkandidat und Bundesfinanzminister (nicht Reichsminister):

*“SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz schrieb: ‘Unser Grundgesetz garantiert Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht. Es ist die Antwort auf das Scheitern der Weimarer Republik und den Schrecken der NS-Zeit. Nazisymbole, **Reichsbürger- & Kaiserreichflaggen** haben vor dem Deutschen Bundestag [Einblendung des Verfassers; Deutschen Reichstag] rein gar nichts verloren.“* Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/corona-demo-berlin-131.html>

t-online.de berichtet: Stand 30.08.2020, 16:04 Uhr

Frank-Walter Steinmeier; Bundespräsident

“Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Politiker fast aller Parteien haben sich entsetzt über die Randalen am Reichstagsgebäude nach den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen gezeigt. ‘Reichsflaggen und rechtsextreme Pöbeleien vor dem Deutschen Bundestag sind ein unerträglicher Angriff auf das Herz unserer Demokratie. Das werden wir niemals hinnehmen’, sagte Steinmeier am Sonntag. ‘Wer sich über die Corona-Maßnahmen ärgert oder ihre Notwendigkeit anzweifelt, kann das tun, auch öffentlich, auch in Demonstrationen. Mein Verständnis endet da, wo Demonstranten sich vor den Karren von Demokratiefeinden und politischen Hetzern spannen lassen’ Steinmeier dankte den Polizisten in Berlin, die in schwieriger Lage ‘äußerst besonnen’ gehandelt hätten.“ https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_88484050/corona-demo-in-berlin-steinmeier-unertraeglicher-angriff-auf-herz-der-demokratie-.html

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) als Verfassung der Okkupationsmacht ist fest verankert:

Art. 59 (1) “Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten, er beglaubigt und empfängt die Gesandten.“

Art. 133 “Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein“

Der von den alliierten Mächten eingesetzte Bund zur Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes führt die Besetzung als Okkupationsmacht und Scheinstaat “Bundesrepublik Deutschland“ auf dem preußischen Staatshoheitsgebiet des Preußischen Staates Freistaat Preußen und der Bundesstaaten des Deutschen Reichs 1871 völkerrechtswidrig fort!

Der Reichstag gehört den deutschen Völkern im Staatenbund Deutsches Reich

“Seit der Gründung des Kaiserreichs im Jahre 1871 gab es ein Parlament für alle Deutschen, den Reichstag, dessen Abgeordnete aus allgemeinen (wahlberechtigt waren bis 1919 allerdings nur Männer), gleichen, geheimen und direkten Wahlen nach dem Mehrheitswahlrecht hervorgingen. Der Name Reichstag leitete sich ab von der gleichnamigen Versammlung der Reichsstände des alten Reiches, die bis 1806 in Regensburg getagt hatte.

1871 nimmt die Reichstagsbaukommission ihre Arbeit auf

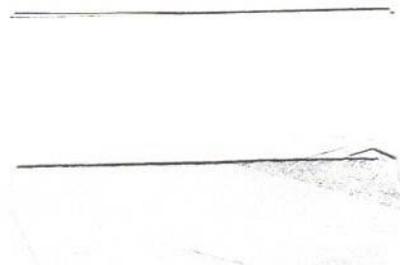
Das Parlament des Kaiserreichs versammelte sich zuerst in einem schon vorhandenen Gebäude, dann ab Oktober 1871 in einem als Provisorium errichteten Haus in der Leipziger Straße. Niemand sah allerdings voraus, dass dieser Behelfsbau 23 Jahre lang Parlamentssitz bleiben sollte. Noch im Frühjahr 1871 rief das Parlament eine Reichstagsbaukommission ins Leben, die einen Bauplatz für einen repräsentativen Neubau suchen sollte. Der in Aussicht genommene Ort an der Ostseite des Königsplatzes (des heutigen Platzes der Republik) war jedoch noch mit dem Palais des Grafen Raczynski bebaut, das aufgrund einer komplizierten rechtlichen Situation zunächst nicht erworben werden konnte. Nicht zuletzt deshalb scheiterte ein erster Architektenwettbewerb im Jahre 1872. Zehn Jahre später, als dieser Bauplatz dann doch zur Verfügung stand, endete ein erneuter Wettbewerb mit der Vergabe des ersten Preises an den Architekten Paul Wallot (1841-1912) aus Oppenheim.“

Nach zehnjähriger Bauzeit, am 5. Dezember 1894, wurde der Schlußstein für das Haus gelegt und am Tag danach trat das Parlament zum ersten Mal in seinem neuen Hause zusammen. <https://www.bundestag.de/besuche/architektur/reichstag/geschichte/symbol-246952>

Wir fordern die alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs auf, endlich den unertäglichen Zustand der Verunglimpfung des unauflösbaren Völkerrechtssubjektes Deutsches Reich mit seiner Reichsflagge in den Farben schwarz - weiß - rot sowie die Leugnung der Existenz und Rechtsfähigkeit des sich seit 19. Oktober 2012 in völkerrechtlich begründeter Reorganisation befindenden größten Glied-/ Bundesstaates des Deutschen Reichs, des Freistaats Preußen und den Völkermord durch die von den Alliierten eingesetzte Okkupationsmacht “Bundesrepublik Deutschland”, zu beenden und alle Rechte am Grund und Boden dem Freistaat Preußen und den Glied-/ Bundesstaaten des Deutschen Reichs sowie ihr Staatsvermögen wieder zurückzugeben und auf dem preußischen Staatshoheitsgebiet vorübergehend sofort Militärstaatsanwaltschaften und -gerichte zu errichten, um die Völkermörder endlich strafrechtlich zu verfolgen.

Gegeben zu Berlin, preußische Hauptstadt, am 30. August 2020

Hochachtungsvoll



RUNDSENDEBERICHT

ZEIT : 31/08/2020 13:59
 NAME : Freistaat Preußen
 FAX : 0
 TEL :
 S-NR. : E78295H8N349915

SEITE(N)

06

DATUM	ZEIT	FAX-NR. /NAME	Ü.-DAUER	SEITE(N)	ÜBERTR	KOMMENTAR
31/08	13:44	030 229 93 97	03:38	06	OK	
31/08	13:48	030 830 51050	02:27	06	OK	ECM
31/08	13:51	030 2045 7571	01:50	06	OK	ECM
31/08	13:54	030 59003 9067	02:20	06	OK	ECM
31/08	13:57	0228355950	02:21	06	OK	ECM

DB : DECKBLATT
 PC : PC-FAX



Freistaat Preußen

Administrative Regierung und

Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland
 in der Funktion des persistent objector
 - ius cogens -

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt
 Crinitzer Str. 19 C
 D-[15926] Fürstlich Drehna

www.freistaat-preussen.world

Diplomatische Korrespondenz

31-08/20 FP

Der Reichstag gehört dem Deutschen Reich